

Zusammenstellung der Wahlversprechen mit queerpolitischen Bezug der Parteien anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2021

Die Linke		
Quelle: https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2021/09/Linke_wahlprogramm_2021-AHW.pdf		
Abschnitt	Seite	Wahlversprechen
5. Kultur, Weltanschauung und Denkmalschutz	S. 29	Clubs und Musikspielstätten sind wichtige kulturelle Räume, und wir unterstützen das besondere Engagement von Clubs für Diversität, für Schutzräume marginalisierter Communitys (»Safer Spaces«), für Inklusion und Nachhaltigkeit. Wir wollen einen jährlich zu vergebenden Clubpreis schaffen und Berlins Clubkultur stärken.
	S. 30	Alle Menschen sollen chancengleich, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Wohnort, gesundheitlichen Behinderungen oder sozialem Status am kulturellen Leben teilhaben können, egal, ob sie selbst Kultur schaffen oder Kulturangebote nutzen. Denn Barrieren abbauen heißt auch: Vielfalt fördern.
11. Gesundheit und Pflege	S. 73	Zusätzlich zu den Zielen der Initiative [Fast-Track-Cities-Initiative der Vereinten Nationen gegen HIV/AIDS, Anm. LSVD] kämpfen wir dafür, die Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV/AIDS zu beenden.
14. Sportpolitik	S. 93	Wir unterstützen auch künftig alle Aktivitäten des Landessportbundes und seiner Mitglieder gegen Gewalt im Sport, gegen Rassismus, Homophobie und Diskriminierung jeglicher Art.
	S. 97	Insbesondere Vereins- und Fan-Initiativen, die sich für einen diskriminierungsfreien Sport und gegen Gewalt, Rassismus und Homophobie einsetzen, wollen wir starker unterstützen. Wir fordern, dass sich insbesondere der Deutsche Fußballbund daran finanziell beteiligt.
15. Bildung und Schule	S. 104	Wir setzen uns konsequent für eine Schule ohne Rassismus, ohne Mobbing und ohne Gewalt ein. Dafür sollte die Stelle und der Einfluss des:r Anti- diskriminierungsbeauftragten gestärkt werden. Deshalb haben wir das erste Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) geschaffen, das auch für den Bildungsbereich gilt. Präventionsprogramme in diesen Bereichen sollen unterstützt und verstetigt werden. Wir wollen, dass Antidiskriminierung und Diversität in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer:innen und Erzieher:innen einen größeren Raum einnehmen.
16. Hochschulen und Wissenschaft	S. 108	Kritische Wissenschaftsansätze etwa in der Friedens- und Konfliktforschung, einer vielfältigen ökonomischen Lehre, in der Geschlechter- und Diversitätsforschung, aber auch in der Public-Health-Forschung wollen wir stärken.
	S. 112	Inhalte wie pädagogische Haltung, Selbst- und Sozialkompetenzen, Beziehungsarbeit und Antidiskriminierung benötigen einen größeren Raum im Studium. Themen wie der Umgang mit Diversität, Inklusive Pädagogik, Medienbildung, politische Bildung, Schulentwicklung, Deutsch als Zweitsprache und Nachhaltigkeit müssen verbindlich im Studium verankert werden.

18. Medien	S. 120	Um unsere Stadtgesellschaft angemessen zu repräsentieren und zu adressieren, müssen mehr Lebensrealitäten mit ihren Teilöffentlichkeiten in der Medienlandschaft zum Ausdruck kommen. Wir setzen uns für eine diverse Zusammensetzung beteiligter Berufsgruppen im Sinne der Charta der Vielfalt ein.
19. Einwanderungsgesellschaft	S. 126	Seit vielen Jahren setzen wir uns in Berlin dafür ein, dass besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen aufgenommen werden und hier Schutz finden. Dazu gehören insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche, traumatisierte Menschen, LSBTIQ sowie religiöse und ethnische Minderheiten, die aus ihren Ländern vor Verfolgung, Folter, sexualisierten Übergriffen und vor der Gefahr, getötet zu werden, fliehen müssen.
22. Queerpolitik	S. 134	<p>Wir haben der maßgeblich von uns initiierten Initiative »Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt« (IGSV) in den vergangenen fünf Jahren neuen Schwung verliehen und wollen an Erfolge anknüpfen. Gemeinsam mit den queeren Communitys in der Stadt sowie mit den Bezirken wollen wir bisherige Maßnahmen auswerten und die Initiative weiterentwickeln. Strukturelle Benachteiligungen einzelner Communitys, etwa bei Ausschreibungen oder Projektvergaben, wollen wir beenden. Auch Lesben, trans* und inter* sowie von Rassismus betroffene Queers müssen über gesellschaftliche Teilhabe verfügen.</p> <p>Berlin ist Sehnsuchtsort für viele lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und inter* Menschen (LSBTIQ). Wir kämpfen zusammen mit den Communitys dafür, dass Schutz- und Freiräume, die für Queers eine wichtige soziale Funktion erfüllen und nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie oder durch Gentrifizierung massiv unter Druck geraten sind, verteidigt werden oder neu entstehen können.</p> <p>Gewalt und Diskriminierung gehören nach wie vor zum Alltag vieler Queers in Berlin. Neben der Verstärkung der Maßnahmen gegen homo- oder trans*feindliche Gewalt wollen wir u. a. die Krisenangebote für queere Menschen erweitern, die beispielsweise im Rahmen von Beziehungstagen Gewalt erfahren.</p> <p>Auch im Schulalltag sind Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTIQ ein großes Problem. Wir wollen eine inklusive Schule für alle, deshalb werden wir uns u. a. für die Erarbeitung von Richtlinien zur Inklusion von trans*, inter* und nicht-binären Schüler:innen einsetzen. Berlin ist eine migrantisch geprägte und vielfältige Stadt.</p> <p>Rassismus muss bekämpft werden, auch innerhalb queerer Communitys. Deshalb machen wir uns für den Ausbau, die Unterstützung und die Absicherung von Projekten und Vereinen stark, die von Rassismus betroffenen und geflüchteten LSBTIQ Unterstützung, Beratung oder Unterkunft bieten.</p> <p>Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gehört zu den großen Erfolgen der letzten fünf Jahre und stärkt nicht zuletzt LSBTIQ. Wir werden es evaluieren und weiterentwickeln. Alle von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffenen Menschen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und Schutz ihrer</p>

		<p>Menschenwürde. Dazu braucht es eine breit angelegte Informationskampagne, die alle über ihre Rechte und die Möglichkeiten informiert, die das LADG ihnen bietet.</p> <p>Wir stehen für geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung. Deshalb werden wir uns im Bundesrat weiter für den Schutz von LSBTIQ engagieren, u. a. für bundesweite Akzeptanzmaßnahmen und die Abschaffung des Transsexuellengesetzes.</p>
	S. 135	<p>LSBTIQ haben besondere soziale und gesundheitliche Bedarfe, die wir ernst nehmen. Armut und Wohnungslosigkeit treffen queere Menschen überproportional. Wir wollen die Datengrundlagen über die Situation marginalisierter, queerer Gruppen (z. B. Wohnungslose, Geflüchtete oder Sexarbeitende) verbessern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Handlungskonzepte entwickeln. Wir stehen dafür ein, dass LSBTIQ einen niedrighschwelligen Zugang zu der für sie nötigen Gesundheitsversorgung haben und Angebote, wo möglich und notwendig, verbessert werden.</p> <p>Die COVID-19-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie drängend die Frage der Vereinsamung und der Unterstützung von Senior:innen ist. Wir wollen Angebote vorantreiben, die die Lebensqualität queerer Senior:innen mit und ohne Behinderung verbessern, sei es durch Besuchsservices oder praktische Unterstützung im Alltag.</p>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Quelle: https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2021/09/SPDB_Wahlprogramm_lang_online.pdf

Abschnitt	Seite	Wahlversprechen
Teil 1, 1.5 Regenbogenstadt Berlin	S. 15	<p>Berlin gilt mit einer der größten queeren Gemeinschaften in Europa international als Regenbogenstadt und darauf sind wir stolz. Unsere Stadt tritt ein für die Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Die SPD Berlin fühlt sich der queeren Community verbunden, setzt sich weiterhin leidenschaftlich für ihre Emanzipation ein und unterstützt sie aktiv bei ihrem Empowerment. Ihren Schutz vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum sowie vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt sehen wir als unsere Verpflichtung an. Mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) hat der Berliner Senat einen außergewöhnlichen Maßnahmenplan initiiert. Diesen werden wir umsetzen und dauerhaft weiterentwickeln.</p> <p>Die SPD Berlin setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, den aktuellen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus so zu erweitern, dass der Schutz vor Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität vollumfänglich aufgenommen wird.</p> <p>Wir werden uns in allen städtischen und bezirklichen Städtepartnerschaften für die Verteidigung der Menschenrechte und den Schutz der queeren Community einsetzen. Partnerschaften mit Städten, die queere Menschen diskriminieren, verfolgen und bedrohen, werden wir dazu nutzen, um positive Veränderungen zu bewirken. Partnerschaften, die queeres Leben schützen, werden wir besonders würdigen.</p>

		Die Anzahl der in Berlin gemeldeten Übergriffe auf queere Personen ist in den letzten Jahren leider angestiegen. Das verurteilen wir aufs Schärfste und werden verstärkt in Präventions- und Sensibilisierungsarbeit investieren, um die queere Community effektiv zu schützen. Die Ressourcen für Anlaufstellen von Gewaltopfern werden wir erhöhen.
	S. 16	<p>Im Öffentlichen Personennahverkehr werden wir durch geeignete Methoden und Projekte der zunehmenden Gewalt gegen queere Menschen entgegenwirken.</p> <p>Angebote für queere Jugendliche wollen wir weiter ausbauen. Jugend- und Sportangebote werden wir weiter konsequent sichern und zu inklusiven Räumen entwickeln. Hierzu soll das Land Berlin Best-Practice- Beispiele verstärkt auszeichnen und Projekte strukturell und finanziell unterstützen. Wir wollen außerdem die Förderung von (lesbischen) Wohnprojekten und Trans*-Selbsthilfegruppen weiter ausbauen.</p> <p>Zentren mit Schwerpunkt Regenbogenfamilien, sowie (Wohn-)Projekte, die sich an queere Senior:innen und deren Bedürfnisse richten, werden wir finanziell fördern. Zudem streben wir an, dass im stationären und ambulanten Pflegedienst sowie in Hospizen eine queer-sensible Qualifizierung und Zertifizierung etabliert wird.</p> <p>Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und auch der Gentrifizierung hat für die SPD Berlin die Sicherung von queeren Clubs, Bars, gastronomischen Betrieben und nicht-kommerziellen Räumen hohe Priorität. Projekte und Vereine, die sich für vor allem für lesbische, bi-, trans*- und intersexuellen Sichtbarkeit einsetzen, werden wir verstärkt finanziell unterstützen, damit die queere Vielfalt in der Regenbogenhauptstadt lebendig bleibt und die Sichtbarkeit von queerem Leben erhöht wird.</p> <p>Für queere Geflüchtete soll es niedrigschwellige Angebote zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation geben, damit sie sich für ihre Rechte einsetzen können.</p> <p>In der Lehrer:innenbildung, insbesondere bei Quereinsteiger:innen, und in der pädagogischen Forschung werden wir weitere Angebote und Strukturen zur Vielfalt im Unterricht schaffen und ausbauen.</p> <p>Die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitsbereich, vor allem die Bedürfnisse von trans* Personen, werden wir verstärkt berücksichtigen. Die SPD Berlin setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Diskriminierung bei der Blutspende von homosexuellen Männern und von trans* Personen beendet wird.</p> <p>Auch im Sport unterstützen wir die Vielfalt aller sexuellen Lebensentwürfe, indem wir Diversity- und Queer-Kompetenzen in allen Bereichen des Sports stärken und entsprechende Projekte auch finanziell unterstützen.</p> <p>Die SPD Berlin setzt sich für die Abschaffung des Transsexuellengesetzes ein. Regelungen zur Unterstützung informierter Entscheidungen von Personen, die ihren Personenstand ändern wollen, wollen wir schnellstmöglich umsetzen.</p>
Teil 1, 7.1 Erstklassische medizinische Versorgung	S. 32	Unser Ziel bleibt es weiterhin, AIDS zu beenden. Wir setzen uns gegen Stigmatisierung und Diskriminierung HIV-Infizierter ein.

Teil III, 4.3 Inklusive und diskriminierungsfreie Schulen	S. 59	Die Arbeit mit unseren Schüler:innen muss diskriminierungsfrei sein. Die Vielfalt der Berliner Schulen setzt einen neutralen Staat voraus, der alle gleichbehandelt. Deshalb stehen wir zum Berliner Neutralitätsgesetz und prüfen eine Anpassung im Lichte der aktuellen Rechtsprechung. Wir setzen uns für eine rassismus- und kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehr- und Lernmaterialien ein. Wir stärken Fortbildungsmodule zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus und führen verpflichtend diskriminierungskritische Module in die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte ein und fördern Vielfalt bei den Pädagog:innen. Die Stelle des Polizei- und Bürgerbeauftragten beim Parlament wird weiterentwickelt, damit sie auch für Bildungseinrichtungen als unabhängige Beschwerdestelle agieren kann.
--	-------	--

Freie Demokratische Partei (FDP)

Quelle: https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2021/09/FDP_Wahlprogramm-der-FDP-Berlin-zur-Abgeordnetenhauswahl-2021.pdf

Abschnitt	Seite	Wahlversprechen
Buntes Berlin	S. 57f.	In unserem Berlin hat Diskriminierung keinen Platz. Die Freien Demokraten lehnen jegliche Gewalt gegen Homosexuelle, Transsexuelle und andere Mitglieder der LGBTQ*-Community ab. Wir setzen uns auf der Bundesebene dafür ein, dass das Adoptionsrecht liberalisiert wird. Homosexuelle Paare sollen unbürokratisch gemeinsam, Alleinstehende auch allein adoptieren können. Familie ist für uns jede auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen insbesondere für Kinder Verantwortung übernehmen – die sexuelle Identität der Eltern darf dabei keine Rolle spielen.
	S. 58	Die zusätzliche Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch das Land Berlin darf homosexuelle Partnerschaften und Alleinstehende nicht schlechter stellen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Öffnung der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen seitens der Krankenversicherung auch für Unverheiratete, homosexuelle Paare und Alleinstehende ein.
		Wir fordern, Abfragen zur sexuellen Orientierung im Zusammenhang mit Organ- und Blutspenden abzuschaffen und durch neutrale Abfragen mit unmittelbarer Relevanz für die Empfängersicherheit zu ersetzen.
		Wir möchten, dass die Schulen und die Jugendarbeit eine stärkere Rolle beim Umgang mit Vielfalt und ihrer Vermittlung spielen. Vielfalt soll in Lehrmitteln (Schulbüchern, Medien und Arbeitspapieren) dargestellt werden.
		Wir setzen uns dafür ein, dass Gewaltpräventionsarbeit und gesundheitliche Aufklärung in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen und anderen Institutionen als diskriminierungsfreie Aufklärungsarbeit gestaltet wird.
		Wir setzen uns für die Gleichstellung von LGBTQ*-Menschen in allen Bereichen des Staates und der Verwaltung in Berlin ein. So werden wir die Gleichstellung von LGBTQ*-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern und die Prävention ihrer Diskriminierung in der Verwaltung stärken. Dazu fördern wir Netzwerke, Informationsveranstaltungen, Schulungen und Material zur Sensibilisierung von Vorgesetzten oder Kolleginnen und Kollegen.

		Wir wollen Städtepartnerschaften zum Austausch über die besten Praktiken des Diversity-Managements nutzen und nach weiteren neuen Partnerinnen und Partnern suchen, die hier eine Leuchtturmfunktion einnehmen.
--	--	---

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Quelle: https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2021/09/CDU_Berlin-Plan-der-CDU-Berlin.pdf

Abschnitt	Seite	Wahlversprechen
4.1 Polizei	S. 45	Wir werden das sogenannte Landesantidiskriminierungsgesetz abschaffen, weil es ein Misstrauensbeweis gegen alle Berliner Polizistinnen und Polizisten ist. Unsere Polizei verdient Vertrauen statt Misstrauen und hat es nicht verdient, immer wieder schikaniert zu werden.
4.3 Sicheres Berlin	S. 51	Wir werden die Gewaltprävention an Schulen zu einem Schwerpunkt unserer Sicherheitspolitik machen. Gewalt, Mobbing und Hassgewalt wollen wir verhindern, bevor sie großes Leid bei den Opfern hervorrufen.
6.2 Effiziente Verwaltung	S. 76	Wir werden dafür sorgen, dass die Berliner Verwaltung keine künstliche Gendersprache verwendet. Das Gendern ist unverständlich, rein ideologisch motiviert und überbetont das Trennende. Wir wollen, dass die Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern und intern in verständlichem und korrektem Deutsch kommuniziert.
8.3 Stadt der Vielfalt	S. 94	Berlin ist vielfältig. Die größte schwul-lesbische Community Deutschlands ist hier zu Hause und eine Bereicherung für unsere Stadt. Die Vielfalt an Lebensentwürfen betrachten wir als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft.
	S. 94	Wir finden uns nicht damit ab, dass in einer offenen und toleranten Stadt wie Berlin queere Menschen beleidigt oder angegriffen werden. In unserer Stadt ist kein Platz für Homophobie, Intoleranz und Hass. Die Maßnahmen des Landes im Kampf gegen Diskriminierung werden wir fortführen und weiterentwickeln. Formen der Hasskriminalität wie Homo- und Transphobie, Frauenfeindlichkeit und jedwede andere Diskriminierung sind in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik zu erfassen und strafrechtlich konsequent zu verfolgen.
	S. 95	Wir wollen, dass die Themen Homosexualität und Diversität im Bildungsbereich integrativ-ganzheitlich, interdisziplinär und altersgerecht vermittelt werden. Die Vermittlung queerer Themen soll auch bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften eine größere Rolle spielen.
	S. 95	Wir werden die Umsetzung innovativer Wohnkonzepte fördern und Architekten und Planer dabei unterstützen, neue Formen des urbanen Wohnens zu realisieren. Dabei haben wir auch Wohnprojekte für queere Jugendliche und Senioren im Blick.
	S. 95	Wir wollen die Betreuung und Pflege von queeren Menschen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter durch entsprechend qualifiziertes Pflegepersonal sicherstellen.

9 Familien	S. 99	Die Familie hält unsere Gesellschaft zusammen. Hier werden grundlegende Werte wie Gemeinschaft, Respekt und Verlässlichkeit gelebt. Familie und Kinder bedeuten Freude, Glück und Zusammenhalt. Wir werden alle Menschen unterstützen, die Verantwortung für Kinder übernehmen. Wir wollen ihnen dabei nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Die vielfältigen Familienmodelle haben ihre Berechtigung und verdienen Respekt. Der Maßstab unserer Familienpolitik ist Wahlfreiheit: Mit einem breiten Unterstützungsangebot wollen wir es den Berlinerinnen und Berlinern ermöglichen, ihr Leben mit Kindern so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns dabei besonders wichtig. Wir werden mehr Betreuungsplätze für Kinder aller Altersstufen schaffen und flexiblere Angebote einschließlich 24-Stunden-Kitas bereitstellen. Gerade allein- und getrennt erziehende Mütter und Väter sind oft existentiell darauf angewiesen, ihre Kinder während der Arbeitszeiten in der Kita gut betreut zu wissen. Alleinerziehende wollen wir zudem steuerlich entlasten. Kinderschutz ist uns ein Herzensanliegen. Um unsere Kinder besser zu schützen, werden wir ein Frühwarnsystem etablieren und Kinderschutzteams einrichten.
9.3 Kinder besser schützen	S. 103	Wir wollen eine Anti-Mobbing-Strategie im Berliner Kinderschutzgesetz verankern. Bei Mobbing- oder Gewaltgeschehen muss es eine Melde- und Reaktionspflicht der Schulen geben. Mobile Anti-Mobbing-Teams in den Bezirken sind bei uns Standard und sollen schnelle Hilfe bei solchen Vorfällen leisten.
12.1 Hochschulstandort Berlin	S. 119	Wir werden sicherstellen, dass das Gendern an Berliner Hochschulen nicht als Bewertungskriterium für Studien- und Prüfungsleistungen herangezogen wird. Vorgaben zur Verwendung der Gendersprache in den Studien- oder Prüfungsordnungen sind unzulässig.

Bündnis 90/Die Grünen

Quelle: https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2021/09/b90dg_wahlprogramm_2021-AHW.pdf

Abschnitt	Seite	Wahlversprechen
1.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische Stadtquartiere	S. 37	Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen, Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse, Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“ vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichteren Zugang zu Bürgschaften der Stadt erhalten.
1.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle –	S. 44f.	Noch immer wird Verkehrspolitik vor allem von Männern für Männer gemacht. Doch die Realität der Mobilität sieht meist anders aus. Frauen nutzen seltener das Auto und sind mehr zu

bequem durch die Hauptstadt		Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs. Durch nicht verantwortungsbewusst fahrende Autofahrer*innen oder durch Angsträume sind sie auch größeren Gefahren ausgesetzt. Wir wollen uns deshalb für eine queere und feministische Verkehrspolitik einsetzen: Soziale Wege sollen mehr ins Zentrum der Verkehrsplanung gestellt werden. [...] Eine queer-feministische Verkehrspolitik bedeutet aber auch, Angsträume zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Marginalisierte Gruppen sind auch häufiger Diskriminierung oder sexueller Belästigung im ÖPNV und im öffentlichen Raum ausgesetzt. Deshalb wollen wir die Sicherheit der Fahrgäste verbessern und so Barrieren zur Nutzung abbauen. Dazu bedarf es einer umfassenden Datenerhebung und einer Umsetzung von Maßnahmen wie besserer Beleuchtung von Wegen und Bahnhöfen, digitalen Meldemöglichkeiten, Awareness-Kampagnen und Gefahrenprävention durch bessere Gestaltung der Haltestellen sowie dem Einsatz von geschultem Personal.
2.1 Bauen, Mieten, Wohnen – klimagerecht und sozial	S. 75	Linke Freiräume und queer-feministische Hausprojekte sind wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer mehr sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden Lösungen suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die Aufgabe des Landes Berlin, geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
2.2. Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen	S. 85	Wir setzen uns für ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden sie deutlich ausbauen und wollen mittelfristig auch private Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen, Housing-First-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzte Gruppen wie Frauen, LGBTIQ*, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.
2.3 Gesundheit ganzheitlich denken	S. 88	Wir kämpfen für ein inklusives Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist. Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans Menschen, müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung bekommen
	S. 89f.	Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir Anlaufstellen für betroffene Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische Einrichtungen dabei unterstützen, verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.
	S. 92	Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen – egal, ob sie alleinstehend oder verpartnert sind – von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.
2.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark	S. 97	Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf

		Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es aus- zubauen und um die diversitätskritische Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.
2.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menchen mit Behinderung	S. 101	Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.
2.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit	S. 104	Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nichtbinäre und trans Personen geschaffen werden.
3.1 Wirtschaften für die Zukunft	S. 120	Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierende und Akademiker*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die Hochschulen Berlins sollen sich dabei in der Besetzung der Stellen abstimmen, um in den Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so Betroffene besser ansprechen zu können.
	S. 123	Landeseigene Betriebe sollen künftig eine noch größere Vorbildfunktion für eine Unternehmenskultur einnehmen, die unserer diversen Stadtgesellschaft entspricht. Gemeinsam mit ihnen werden wir daher verbindliche Standards bezüglich einer diversitätsorientierten Organisations- und Personalentwicklung und eines diskriminierungskritischen Beschwerdemanagements für Mitarbeiter*innen und Kund*innen festlegen.
3.3 Kinder, Jugend und Familie: Verantwortung on klein auf	S. 127	Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind allein- oder getrennt Erziehende, Großfamilien, Ehepaare mit ihren Kindern, Patchwork-Familien in all ihrer Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von ihren Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder geflüchtete Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder für die Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.
	S. 130	Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht er- reicht. Als Hauptstadt der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht nehmen, die Vielfalt der Familien rechtlich gleichzustellen und zu unterstützen. Die diskriminierende Stiefkindadoption für lesbische Paare muss endlich abgeschafft werden sowie ein rechtliches Institut der elterlichen Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen neben den leiblichen Eltern geschaffen

		werden. In Berlin werden wir Beratungsangebote weiter stärken und das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung abzubauen. Dies gilt insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten.
	S. 133	Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen dabei im Zentrum. Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen werden wir durch Ausbau von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit verbessern und mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle Täter*innen werden wir ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die spezifischen Bedarfe von LSBTIQ* legen, die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten und eigene Zufluchtspätze insbesondere für queere Jugendliche und für Lesben aufbauen.
3.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen für alle Kinder	S. 137	Die Verankerung der Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuwirken – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung verstärkt ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die Vielfalt der Gesellschaft auch im pädagogischen Personal der Kita widerspiegelt.
	S. 138	Die Verankerung der Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuwirken – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung verstärkt ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die Vielfalt der Gesellschaft auch im pädagogischen Personal der Kita widerspiegelt.
3.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechte Bildungschancen	S. 143	Damit die Schulen wirklich allen offenstehen, müssen sie inklusiv gebaut werden: Barrierefreiheit und Unisex-Toiletten werden zum Standard. Das beinhaltet auch, dass Unisex-Toiletten als zusätzliche Option an allen Schulen Standard werden.
	S. 145f.	Außerdem müssen diese Inhalte im Studium und in der Lehramtsausbildung stärker verankert werden. Wir wollen Unterricht etablieren und Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, in denen unterschiedliche Familienformen und Lebenskonzepte gleichermaßen abgebildet und gewürdigt werden und in denen über alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und die Stigmatisierung psychischer Krankheiten aufgeklärt wird. Im Lehrplan soll eine verbindliche, kritische Auseinandersetzung mit Kolonialismus und rassistischen und anderen diskriminierenden Stereotypen verpflichtend verankert werden. Sexuelle Bildung muss über biologische Aufklärung hinausgehen und gezielt auch weibliche Sexualität behandeln. Queere Sexualität und die Aufklärung aller Geschlechter zu Themen der Einvernehmlichkeit und

		Emanzipation müssen enttabuisiert und umfassend in den Unterricht integriert werden. Dafür werden wir die Fachstellen für queere Bildung und für intersektionale Bildung weiter stärken. Wir wollen geschlechtersensible Pädagogik und Didaktik fördern, damit Kinder sich frei von Rollenstereotypen entfalten können. Historische Leistungen von Frauen in Naturwissenschaften und Technik, Politik und Gesellschaft finden im Unterricht bisher zu wenig Beachtung. Das hat Auswirkungen auf die Berufswahl und das spätere Einkommen: Zu wenig Mädchen entscheiden sich für MINT-Berufe und zu wenig Jungen für soziale Berufe. Deshalb wollen wir bei der Jugendberufsagentur Berlin geschlechtersensible Berufsberatungsangebote fördern.
3.6 Forschen und Studieren für die Zukunft – beste Bedingungen für unabhängige Wissenschaft in Berlin	S. 157	Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung der Geschlechter bauen wir weiter aus. Diese Strukturen müssen auf andere Diskriminierungsformen erweitert werden. Wir wollen mehrere Stellen schaffen, um verschiedene Diskriminierungsformen abzubilden. Mit neu zu schaffenden unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten und Diversity-Beauftragten und der stärkeren Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden personellen und materiellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und fit für die diverse Gesellschaft.
	S. 158	Wo beispielsweise gegen Gender-, Queer- oder Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein.
4. Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit	S. 168	Der Staat kann und soll das Zusammenleben von Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang: Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik ist intersektional. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser Frauenstatut dient seit über 30 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe in unserer Partei geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen.
	S. 168	Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer

		<p>Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglichen, deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren oder weil sie sich nicht angesprochen gefühlt haben, bisher unsichtbar und unhörbar geblieben sind. Dazu wollen wir in allen Bezirken und auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet werden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.</p>
	S. 170	<p>Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA – und wir sind erfolgreich. In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich. Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter: Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert. Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungs- konformen Weg für ein Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu schicken.</p>
	S. 170f.	<p>Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen, sicher und zuhause fühlen – egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys weiter ausbauen und neue Handlungsfelder erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmen- plan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.</p>
	S. 171	<p>Wir wollen eine Polizei, die in den Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen Reihen schonungs- los aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so vielfältig und offen ist wie unsere Stadt.</p>

	S. 173	Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein, die als Schutzräume für alternative Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von Diskriminierung betroffene Gruppen dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume langfristig Bestand haben, in ihren Räumen bleiben können oder – falls nötig – neue Orte erhalten, wenn ihre Existenz bedroht ist.
	S. 174	Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir weiter stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den Kultureinrichtungen und im Stadtbild Berlins sichtbar machen.
	S. 174	Die sogenannten „LSBT*-freien Zonen“ in Polen, die Anti-LSBTIQ*-Angriffe im russischen Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren Rechten in Ungarn sind besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen, denen sichtbar entgegengetreten werden muss. Wir arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.
4.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt gegen Diskriminierung	S. 176	Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln.
	S. 176f.	Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann. Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter, Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige, Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sinti*ze und Rom*nja ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe, gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot werden wir im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassizismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen auch den (psycho-)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch. Hinzu kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Rom*nja, den wir in ein Landesprogramm überführen wollen. Das Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das Potential

		der muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.
S. 177		Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses Gesetz schulen und zu rassismus- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity-Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen. Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitäts-Check“ einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde Wirkungen hin untersucht werden.
S. 178		Dabei machen wir uns eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit.
S. 178		Wir stärken die Rechte von trans, inter und nichtbinären Menschen, indem wir in allen Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin dafür sorgen, dass Geschlechts- und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und unbürokratisch wählbar sind und entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst werden. Die Beratung hierzu wollen wir ausweiten.
S. 179		Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.
S. 179f.		Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber, dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die

		<p>Dauer der nächsten Legislaturperiode einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen, Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im „Diversity-Landesprogramm“ zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den Bildungseinrichtungen des Landes identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus, Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und in der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen, diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind – unter anderem Schwarzen Menschen, als türkei- und arabischstämmig wahrgenommenen Menschen, Sinti*ze und Rom*nja –, bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communitys angemessen zu vergüten. Wir begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Rom*nja und Sinti*ze im Rahmen der Novelle des Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.</p>
	S. 181	<p>Religion und Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und für deren öffentliche Unterstützung.</p>
	S. 182	<p>Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden Legislaturperiode die Zusammensetzung der Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und im RBB-Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser abbildet und für die konfessions- bzw. religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz eingerichtet wird.</p>
4.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den Frauen	S. 182	<p>Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-</p>

		feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzen uns auch dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien, Verwaltung, Start- up-Szene und landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.
	S. 183f.	Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-Controlling einziehen, das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.
	S. 184	Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans, inter, Schwarze Frauen und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige Folgen für deren Gesundheit hat. Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz, dass wir das achte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein neuntes Frauenhaus. Das Personal in Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für besonders von Diskriminierung betroffene Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach) marginalisierte Frauen sowie nichtbinäre Personen gezielt durch innovative Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.
	S. 184f.	Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans, inter und nichtbinäre Personen nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die Vorgaben

		der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt, wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige Maßnahmen gegen misogynen Gewalt entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten.
	S. 185	Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans, inter und nichtbinären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden.
	S. 186	Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter, nichtbinären sowie trans Personen werden wir verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
	S. 186	Wir wollen gendersensible Sexuaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und gezielt sowohl Frauen, trans Männer, inter und nichtbinäre Personen und queere Personen in der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von Frauen, trans Männern, inter und nichtbinären Menschen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.
4.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt	S. 187	Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum unterstützen wir die vielfältigen queeren Communitys unserer Stadt dabei, sichere und barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische Stadtgesellschaft zu streiten.
	S. 187f.	Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere Beratungs- und Empowerment-Angeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen. Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote

		<p>dazugekommen sind, seien es das erste queere Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere Bildung oder seit 2018 der „Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“ zur Würdigung des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte Gruppen wie trans, inter und nichtbinäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernst genommen werden. Egal ob Familienzentrum, Seniorenheim oder Jugendclub – in all diesen Einrichtungen muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe Spaces wie Bars und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die großen queeren Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus der ganzen Welt nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie gezielt und dauerhaft unterstützen.</p>
	S. 188	<p>Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt, diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an. Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes Beratungsangebot für trans, inter und nichtbinäre Betroffene von Queerfeindlichkeit einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in akuten Bedrohungs-situationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.</p>
	S. 188f.	<p>Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.</p>
	S. 189	<p>In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben, lesbisches Leben und lesbische</p>

		Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft. Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen.
	S. 189	Zudem werden wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben. Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.
	S. 189f.	Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans, inter und nichtbinäre Menschen ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen. Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in allen öffentlichen Einrichtungen und in der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des Geschlechtseintrags wollen wir weiter abbauen.
	S. 190	Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die sogenannten „LSBT*-freien Zonen“ in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.
4.4 Freiheit schützen und bewahren	S. 190f.	Alle Berliner*innen haben gemeinsam, dass sie selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und des Rechtsstaates aufgegeben. Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und

		<p>Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen. Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir weiter.</p>
	S. 192	<p>Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung, rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.</p>
	S. 192	<p>Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird ver- hindert – denn keine dieser Kategorien hat etwas mit Kriminalität zu tun. Polizei- liches Handeln muss sich nach dem Handeln der Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.</p>
4.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat	S. 198	<p>In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchen- den aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Deshalb wol- len wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische Kernkom- petenz anerkennen.</p>
	S. 198	<p>Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und Beförderungen ändern. Insbesondere sind BPoC unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig, diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu fördern. Wir setzen uns dafür ein,</p>

		dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden, mit dem Ziel, Jurist*innen dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten angemessen umzugehen.
	S. 200	Die besondere Situation von LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.
4.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz stärken	S. 203	Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, der „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für alle Zuwendungsprojekte einführen.
	S. 204	Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistische, antisemitische, rassistische oder andere menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen.
	S. 204f.	Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Betroffenen fühlen sich oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.
4.7 Berlin – Stadt der Kultur und der Künste	S. 208	Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und Kulturszene muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu fördern, bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch in Juries und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible Personalverantwortliche und Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen entsprechend geschult werden.
4.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick	S. 210	Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass

		die jeweiligen Medien- formate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Grup- pen im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffent- lich-rechtlichen Rundfunk anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Be- völkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe weiter hoch halten könnte.
	S. 211f.	Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen.
	S. 214	Wir sorgen dafür, dass unbegleitete Minderjährige, alleinfliehende Frauen, Trauma- tisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, Ältere, LSBTIQ*, Familien, Personen mit psychischen Erkrankungen und besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung, Betreuung und Unter- bringung bekommen, die sie benötigen. Dabei schützen wir sie in allen Verfah- rensschritten vor Diskriminierung und bieten entsprechende Unterstützungs-, Beratungs- und Empowerment-Angebote an.
	S. 218	Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetz- werken, die sich für Klimaschutz, den humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen wir weiter ausbauen und stärken.
5.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig	S. 235	Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color, queere Menschen, Menschen mit Behinde- rung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

Alternative Für Deutschland (AfD)

Quelle: https://berlin.lsvd.de/wp-content/uploads/2021/09/AfD-LVBLN_Wahlprogramm-2021_web-1.pdf

Abschnitt	Seite	Wahlversprechen
Vorwort	S. 4	Wir stehen für: BERLIN. ABER NORMAL
1. Präambel	S. 14	Als Segnung der Legislaturperiode wird den Berlinern das vergiftete Geschenk eines zusätzlichen Feiertags am Inter- nationalen Frauentag präsentiert, flankiert von einem völlig überzogenen Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG), das der Polizei unnötig die Arbeit erschwert.
2. Familie und Jugend	S. 21	Die Gender-Ideologie bestreitet naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Sogenannte geschlechtskritische oder identitätskritische Pädagogik richtet sich nicht am Wohl der Kinder aus, sondern dient dem ideologischen Wunschbild einer geschlechtsneutralen Gesellschaft. Der Ansatz der sogenannten „Sexualpädagogik der Vielfalt“ ermuntert Kinder aktiv, die „lustvollen Seiten des Körpers“ bei sich und anderen auszuprobieren. Durch diesen gezielten Abau der natürlichen Schamgrenze der Kinder wird sexuellem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

		<p>DIE AFD FORDERT: Kitas und Schulen von Gender-Ideologie freizuhalten. Identitätszerstörende Geschlechterpolitik ist ein Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder. Jede Frühsexualisierung in Kitas hat zu unterbleiben. Sexualerziehung darf nicht übergriffig sein. Das grundgesetzlich garantierte Recht der Eltern, ihre Kinder selbst zu erziehen, muss gewahrt werden.</p>
	S. 23	Jedes Kind hat ein Recht auf Mutter und Vater.
3. Bildung und Forschung	S. 38	<p>Im erzieherischen Umgang mit der sich entwickelnden Sexualität von Kindern und Jugendlichen gehen zunehmend Sensibilität und pädagogisches Verantwortungsbewusstsein verloren. Dabei stehen sexuelle Minderheiten unverhältnismäßig oft im Zentrum des Sexualkundeunterrichts. Nach Auffassung der AfD ist Sexualerziehung in erster Linie eine Aufgabe der Eltern. Sexualkundeunterricht muss sich am Entwicklungsstand der Kinder orientieren und darf diese nicht überfordern. Es soll über die Körperteile, das Zustandekommen menschlichen Lebens, die Gefahren ansteckender Krankheiten sowie Schutzmöglichkeiten beim Geschlechtsverkehr aufgeklärt werden. Auch die Familiengründung sollte im fächerverbindenden Sexualkundeunterricht Thema sein. Der Rahmenlehrplan muss bezüglich des Themas Sexualerziehung überarbeitet werden.</p>
	S. 38	<p>Mobbing kann jeden Schüler treffen. Die gesundheitlichen Folgen sind gravierend. Statt auf qualifizierter Basis einzugreifen, schauen viele Pädagogen weg oder verharmlosen Mobbing, weil sie nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen. Die AfD wird in Anlehnung an das Programm nach Dan Olweus flächendeckend schulische Konzepte gegen Mobbing umsetzen. Dazu gehört auch, Lehrer und Lehramtsanwärter gezielt zum Thema Mobbing zu schulen. Da Mobbing heutzutage vermehrt in den sozialen Medien stattfindet, muss auch dieser Aspekt ausreichende Berücksichtigung finden.</p>
	S. 40	Wissenschaft muss selbstkritisch und ergebnisoffen sein. Die Förderung pseudowissenschaftlicher Geschlechterstudien (Gender Studies), die die Prinzipien der Wissenschaftlichkeit missachten, ist darum zu beenden.
4. Innere Sicherheit und Justiz	S. 44	<p>Sowohl das neu geschaffene „Landesantidiskriminierungsgesetz“ als auch das „Gesetz zur Einführung eines Bürger- und Polizeibeauftragten“ sowie die völlig verfehlte Novellierung des „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes“ zeugen von einem weitgehenden Realitätsverlust der rot-rot-grünen Parlamentsmehrheit und sind Ausdruck einer unverhohlenen Polizeifeindlichkeit. DIE AFD FORDERT: Die sofortige Aussetzung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und eine Überarbeitung des Gesetzes zur Einführung eines Bürger- und Polizeibeauftragten sowie des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes.</p>
9. Verwaltung und direkte Demokratie	S. 103	Die AfD stellt sich gegen alle Versuche, „Gender“ und „Diversity“ im privaten Leben und auf öffentlicher Ebene durchzusetzen. Bereits bestehende Regelungen sind aufzuheben.
13. Kultur und Medien	S. 132	Die deutsche Muttersprache ist das Herz unserer Kultur. Wir bewahren die deutsche Sprache, da sich in ihr unsere Geschichte, unsere Traditionen und unsere Identität widerspiegeln. Zeitbedingte Sprachmanipulationen lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen. Wir wollen einen normalen deutschen Sprachgebrauch ohne Striche, Sternchen oder sonstige Kuriositäten.

